

VOLKSSOLIDARITÄT e.V.

- Der Präsident -

Minister für Medienpolitik
Herrn Dr. Gottfried Müller

Otto-Grotewohl-Str. 19 D
Postfach 1326
Berlin

1 0 8 6

Berlin, den 29. 05. 1990

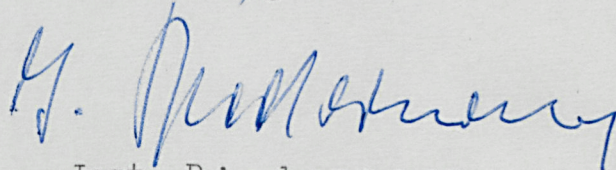
Sehr geehrter Herr Minister!

Am 26. und 27. Mai 1990 hat die Außerordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz der Volkssolidarität e.V. stattgefunden. Auf ihr wurden eine neue Satzung und Arbeitsgrundsätze beschlossen sowie ein neuer Vorstand und in direkter Wahl der Präsident, die Vizepräsidenten und der Schatzmeister gewählt.

Ich darf Sie hiermit darüber informieren, daß die Delegierten mich zum Präsidenten der Volkssolidarität e.V. gewählt haben. Auf meinen Vorschlag wurde vom Vorstand Frau Renate Kirschnek zur Hauptgeschäftsführerin bestellt.

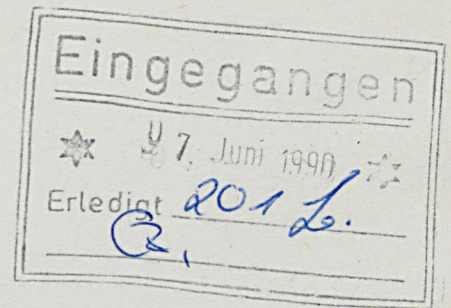
Zu Ihrer Kenntnisnahme übermittle ich Ihnen mit diesem Schreiben einen offenen Brief, den die Konferenz an die Präsidentin der Volkskammer und an den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gerichtet hat.

Hochachtungsvoll



Jost Biedermann

Geschäftszeichen	
63 -	242 05 - Vol 1
Vorgang nach Bearbeitung an Registratur	



Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Die Volkssolidarität e.V. beriet am 26./27. Mai 1990 in Michelsdorf, Kreis Brandenburg, auf ihrer Außerordentlichen Zentralen Delegiertenkonferenz, wie sie als Wohlfahrtsverband unter den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft dem Anliegen der Rentner und Behinderten umfassender dienen kann.

Unsere Organisation war vierzehnjährig mit bescheidensten materiellen Mitteln aufopferungsvoll für die Rentner tätig. Sie hat dazu beigetragen, soziales Unrecht zu mildern und Leid zu lindern. Wir haben dem Begriff "Solidarität" seinen guten Inhalt bewahrt.

Die gegenwärtige Entwicklung erfüllt uns mit großer Sorge, daß erneut diejenigen, die in der Vergangenheit benachteiligt gewesen sind, auch künftig die Benachteiligten sein werden.

Wir wollen Ihnen deshalb folgende Forderungen unterbreiten:

1. Alle Konten der Volkssolidarität e.V., die ausschließlich für soziale und kulturelle Betreuung verwendet werden und damit unmittelbar den Älteren und Hilfsbedürftigen zugute kommen, mit der Währungsunion im Verhältnis 1 : 1 umzustellen.
2. Eine genaue Analyse der sozialen Lage der älteren Bürger in der DDR und darauf aufbauend ein Rentnergesezt, das den Interessen Älterer und Hilfsbedürftiger nachkommt, zu erarbeiten und zu beschließen. Wir bieten Ihnen dazu unsere volle Mitwirkung an.

Mit diesen zwei Punkten befinden wir uns in Übereinstimmung mit der Resolution der ersten deutsch-deutschen Konferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

3. Die Klubs, Treffpunkte und Essenstützpunkte der Volkssolidarität e.V. und die für sie für 1990 geplanten finanziellen Mittel der Organisation zum Zwecke der Gemeinnützigkeit überschreiben zu lassen.

Wir sehen gegenwärtig die Gefahr, daß vielerorts diese Einrichtungen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen anderen Nutzungen zugeführt werden.

Wir versichern Ihnen, sehr verehrte Frau Präsidentin, und Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, daß die Volkssolidarität e.V. sich - die neuen großen Chancen nutzend - zu einem starken Verband der Freien Wohlfahrtspflege profilieren und ihrem humanistischen Anliegen umfassend und wirksam gerecht werden wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Delegierten und Gäste der
Außerordentlichen Zentralen
Delegiertenkonferenz der
Volkssolidarität e.V. am
26. und 27. Mai 1990 in
Michelsdorf, Kreis Brandenburg